

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 2/2019 · 65. Jahrgang G2977



Ja zu Europa!

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Ja zu Europa!	
Wir kämpfen für unser Europa!	4
Unser Europa macht stark	7
Kinderschutz	
Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen	9
Mutige Reform	
Wahrhaftigkeit und Weite	10
Quote	
Kämpft mit und für Frauen	12
Frau vor Ort	
Kommunal Karriere	14
Frau & Info	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

nach den Osterfeiertagen mündet der Europawahlkampf in die entscheidende Phase. Die nächste Plakatwelle hängt und die Parteien steigen in den Straßenwahlkampf ein. Das gemeinsame Europawahlprogramm von CDU und CSU gibt die inhaltliche Richtung vor. Die Europäische Union ist unser Garant für Frieden und Freiheit, für Wohlstand, für die Achtung der Menschenrechte, für Sicherheit und Stabilität. Dieser Satz aus unserem Wahlprogramm formuliert eine Selbstverständlichkeit, die wir mit wachen Augen lesen müssen, denn die Welt ist im Umbruch. Populismus von links und rechts bedroht die Werte der offenen Gesellschaft.

Mit dem Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber haben wir einen durch und durch überzeugten Europäer, der die Herausforderungen unserer Zeit sieht. Das Interview in dieser Ausgabe ermöglicht Ihnen einen persönlichen Einblick. Die neue Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Katja Leikert, gibt einen Überblick über die Ziele der aktuellen Europapolitik. Europa ist nur gemeinsam stark. Am 26. Mai liegt die Zukunft Europas in den Händen der Wählerinnen und Wähler.

Was unmittelbar vor unserer Haustür passiert, entscheidet sich ebenfalls am 26. Mai bei zehn Kommunalwahlen. Tausende Kandidaten und Kandidatinnen sind bereit, im Ehrenamt Verantwortung zu übernehmen. Dafür gebührt ihnen Respekt und Anerkennung. Eine starke kommunale Selbstverwaltung ist das politische Rückgrat in Deutschland. In den vergangenen Jahren wurde gerade in den Kommunen viel für den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger bewegt. Zu den beherrschenden Themen gehörten „Einwanderung und Integration“. Hier haben Haupt- und Ehrenamt Hand in Hand Großartiges in den Kommunen geleistet.

Last but not least steht in Bremen die Wahl zur Bürgerschaft an. Mit ihrem Spitzenkandidaten Carsten Meyer-

Heder hat die CDU Bremen erstmals nach 70 Jahren wieder reale Chancen, den künftigen Regierungschef zu stellen. Wir alle schauen mit großer Spannung und Erwartung in den Stadtstaat. Vom Norden bis zum Süden des Landes ist die CDU im Wahlkampfmodus.

Auf der bundespolitischen Ebene beschäftigt uns weiter die Wahlrechtsreform. Obwohl große Zeitungen titelten „Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages vorerst gescheitert“ oder „Bundestag wird vorerst nicht verkleinert“, ist noch nicht aller Tage Abend! Eine Wahlrechtsreform, die ausschließlich die Begrenzung der Mandate und nicht auch „Mehr Frauen in den Bundestag“ zum Ziel hat, würde auch ganz klar zu kurz greifen. Und was anderes als halbe-halbe kann ein realistisches und angemessenes Ziel sein? Wir müssen jetzt die konkreten Schritte festlegen, um neue Instrumente für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Bundestag zu entwickeln. Die Frauen im Deutschen Bundestag haben über die Fraktionsgrenzen hinweg begonnen sich zu vernetzen. Sie wollen ihre Interessen gemeinsam zu Gehör bringen. Dass wir viel erreicht haben, ist vor allen Dingen ein Erfolg des Wirkens von Frauen für Frauen und ihre Rechte. Ein Meilenstein war die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren; denn seither können Frauen nicht nur wählen, sondern auch ihre Themen setzen. Glaubt denn jemand ernsthaft, dass die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ohne das Wahlrecht von Frauen durchgesetzt worden wäre?

Dennoch: Gesellschaftliche Strukturen und kulturelle Prägungen sind hartnäckig. Familien- und Hausarbeit sind nach wie vor überwiegend Frauensache. Soziale Arbeit wird geringer entlohnt als die Arbeit am Band. Das Prinzip der „homosozialen Reproduktion“, wie es in der Wissenschaft heißt, oder einfacher gesagt „Herr Schmidt sucht Herrn Schmidtchen“ bei der Nachfolge in Führungspositionen, ändert sich auch nicht von heute auf morgen.

Politik hat eine Schlüsselfunktion. In 70 Jahren ist es nicht annähernd gelungen, dass die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag Frauen sind. Vor 25 Jahren hat der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit die Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um den Auftrag zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung beschlossen.

Wie glaubwürdig sind wir, wenn wir Gleichberechtigung mit Fördermaßnahmen, mit Gleichstellungsplänen und Quoten im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft gesetzlich fordern, im Deutschen Bundestag und in den Parteien aber nicht handeln? Wir müssen jetzt die konkreten Schritte festlegen, um neue Instrumente für die gleiche Teilhabe von Frauen im Bundestag zu entwickeln.

Heslichst,
Jene Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Europa liegt am 26. Mai 2019 in den Händen der Menschen. Manfred Weber ist europaweiter Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) für das Amt des Kommissionspräsidenten und Spitzenkandidat von CDU und CSU zur Europawahl in Deutschland.

Wir kämpfen für unser Europa!

Herr Weber, wie groß war der Frauenanteil an der CDU/CSU-Gruppe im europäischen Parlament in den letzten Wahlperioden, und wie wird er sich nach der Wahl am 27.5. entwickeln? Was wird Ihre Partei, die CSU, mit ihrer eigenen Landesliste dazu beitragen?

In der aktuellen Wahlperiode beträgt der Frauenanteil in der CDU/CSU-Gruppe rund 21 Prozent, leider nur 7 von 34 Abgeordneten sind weiblich. Bei der Aufstellung der Europaliste hat die CSU ein deutliches Signal gesetzt: Unter den ersten zehn Kandidaten sind fünf Frauen. Auf Platz 2 der Liste folgt mir unsere FU-Landesvorsitzende Dr. Angelika Niebler, auf Platz 4 Monika Hohlmeier und auf Platz 6 Marlene Mortler.

Sind Sie damit zufrieden?

Insgesamt natürlich nicht. Aber dass es der CSU gelungen ist, die bayerische Europa-Liste auf den aussichtsreichen Plätzen ausgeglichen mit Frauen und Männern zu besetzen, finde ich ein wichtiges Signal. Die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter am Arbeitsleben – ob in der Politik oder in Unternehmen – ist für mich ein wichtiges Thema. Ich finde, dass es der Politik guttut, wenn sie stärker von Frauen mitgestaltet wird. Ich arbeite sehr gern mit Frauen zusammen. Auch wenn ich Verallgemeinerungen nicht mag, würde ich sagen: Es gibt einen weiblichen Ansatz, an Probleme heranzugehen. Frauen orientieren sich sehr stark an Fakten und inhaltlichen Erwägungen. Sie haben dabei oft das Team im Blick und ein Gespür für Kompromisse. Bei Männern erlebe ich hingegen häufig, dass sie Auseinandersetzungen an sich bereits als eine positive Leistung wahrnehmen.

Sie werden als zukünftiger Kommissionspräsident gehandelt. Was kann, was sollte die Europäische Kommission in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter unternehmen?

Die Europäische Kommission hat im Bereich der Gleichstellungspolitik einiges auf den Weg gebracht. In einer eigenen Gleichstellungsinitiative wurden beispielsweise die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern sowie die Verringerung des Einkommens- und Rentengefälles und dadurch Bekämpfung der Armut von Frauen als Arbeitsschwerpunkte definiert. Ganz generell müssen wir alles tun, um die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am Arbeitsleben zu fördern und den unfairen Gehaltsunterschied bei gleicher Arbeit zu bekämpfen. Hier wird die Gleichbehandlung massiv unterlaufen.

Was halten Sie von der Forderung, die Europäische Kommission sollte zur Hälfte aus Frauen bestehen? Wie sieht es mit dem Frauenanteil in der Kommission aktuell aus?

Aktuell sind 9 von 28 Kommissaren, also etwa ein Drittel Frauen. Die Hälfte der Gesellschaft besteht aus Frauen, da muss es doch möglich sein, dieses Verhältnis auch in der Spitze der Europäischen Kommission abzubilden. Sollte ich Kommissionspräsident werden, möchte ich den Anteil weiblicher Kommissare deutlich anheben. Daher möchte ich erreichen, dass die Hälfte meiner Kommission mit Frauen besetzt ist. Dabei erwarte ich aber auch ein aktives



Mitwirken der Mitgliedstaaten. Es gibt ganz sicher genügend qualifizierte Frauen für den Job, die die EU-Staaten vorschlagen können.

Sie sind der Spitzenkandidat von CDU und CSU für die Europawahl. Sagen Sie uns zwei Gründe, warum Frauen bei dieser Wahl die CDU bzw. die CSU wählen sollen.

Weil nur CDU und CSU für ein bürgerliches, starkes und geerdetes Europa steht. Während vielerorts in Europa Populisten von links und rechts auf dem Vormarsch sind, die entweder ein Verbots- und Umverteilungseuropa wollen oder die europäische Idee zerstören wollen, machen wir eine konstruktive Politik für ein Europa in Wohlstand, Frieden und Freiheit.

Und weil CDU und CSU in ihrer Europapolitik auch an morgen denken. Eine ambitionierte Klimapolitik in einem guten Ausgleich mit unseren Wirtschaftsinteressen, einen europäischen Masterplan gegen Krebs oder eine Stärkung des Schüler-, Auszubildenden- und Studentenaustausches in Europa gibt es so nur mit uns.

Jede Europawahl ist auch ein Kampf um die Wahlbeteiligung. Sagen Sie uns zwei Gründe, warum Menschen in Deutschland unbedingt ihre Stimme abgeben sollten.

Die Europawahl ist nicht irgendeine Wahl, sondern eine entscheidende Richtungswahl. Die Menschen bestimmen am 26. Mai, wie es mit unserem Kontinent weitergeht, welche Partei stärkste Kraft wird und wer der nächste Kommissionspräsident wird. Egal wie man zur europäischen Politik steht: Nur wer Wählen geht, kann auch un-

mittelbar mitbestimmen. Es darf nicht das passieren, was beim Brexit geschehen ist, nämlich dass die Menschen am Tag nach der Europawahl aufwachen und feststellen, dass sich die Welt verändert hat.

Es dürfen zudem nicht diejenigen stark werden, die zu einfache und falsche Antworten liefern. Zweifelsohne läuft nicht alles gut in Europa, aber es ist tausendmal besser, die EU zu erneuern, als sie zu zerstören oder zu verlassen. Das müssen wir den Menschen klar machen.

Was sind für Sie die drei wichtigsten inhaltlichen Themen für das Europaparlament in den nächsten Jahren?

Ich möchte vor allem die Themen angehen, die die Menschen umtreiben. Das ist nach wie vor die Frage der Sicherung der Außengrenzen, Migration und Identität. Wir müssen die illegale Migration so weit wie möglich stoppen und trotzdem ein Kontinent der Humanität sein, der Schutzbedürftigen weiter kontingentiert und zeitlich begrenzt hilft. Dieser Spagat muss uns gelingen. Das zweite große Thema ist die wirtschaftliche Stabilität, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Hier dürfen wir nicht aufhören, dass wir die Reformen fortsetzen und mehr in die Zukunft investieren. Der dritte Schwerpunkt betrifft die Frage, ob wir als Europäische Union außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig werden.

Ich will gemeinsam mit den Bürgern ein neues Kapitel für Europa aufschlagen: ein Europa, das wir mutig, optimistisch und ambitioniert anpacken. Politik muss raus aus den Hinterzimmern und raus auf die Straße, an die

Stammtische, auf die Marktplätze, ins Netz und in die Parlamente. Mir ist wichtig, dass wir Europa von den Menschen her denken, nicht aus den Amtsstuben in Brüssel.

Wie wollen Sie als Parlamentarier oder vielleicht als Kommissionspräsident mit den Demokratie- und Menschenrechtsproblemen umgehen, die durch rechtspopulistische Regierungen wie in Polen und Ungarn ausgelöst werden?

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Es darf in der Europäischen Union keinen Rabatt in Sachen Grundrechte geben. Deswegen habe ich wie auch meine Fraktion das Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn und gegen Polen unterstützt. Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen und spreche mich dafür aus, einen eigenständigen, unabhängigen Mechanismus in der EU zu schaffen, der vor allem auf eine Entpolitisierung des Verfahrens abzielt und letztendlich in die Hände von Richtern gibt. Es wäre eine wichtige Innovation für Europa und für das, was uns an Werten, Spielregeln am Zusammenleben in der Gesellschaft zentral ist.

Einige Mitgliedsstaaten sind dramatisch ärmer und wirtschaftlich zurückgebliebener als andere. Was kann, was sollte die EU tun, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Union abzubauen?

Ich will, dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft europaweit greift. Es gibt was die wirtschaftliche Entwicklung angeht viele Erfolge in der EU, wenn Sie zum Beispiel nach Mittel- und Osteuropa schauen. Es kann aber nicht sein, dass die Chancen massiv unterschiedlich verteilt sind. Deshalb braucht es mehr Empathie – auch von uns Deutschen. Es ist doch kein Zufall, dass etwa in Italien die Populisten regieren. In Rom wurden enorm viele Fehler gemacht. Aber Europa hat Italiens Nöte, die Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation, zu lange vernachlässigt.

Deshalb will ich für mehr Fairness in Europa sorgen. Aber nicht mit neuen Umverteilungsverwaltungen oder eine Schuldenunion wie die SPD. Eine europäische Arbeitslo-

senversicherung, wie von den Sozialdemokraten vorgeschlagen, lehne ich aber ab. Das ist einer der Bereiche, wo wir sagen: Das sollte nicht von der EU geregelt werden. Sondern beispielsweise über eine EU-weite Arbeitsvermittlung. In Deutschland ist es gut möglich, einen Rostocker nach Stuttgart zu vermitteln – die Informationen liegen dem Jobcenter vor. Für Europa fehlt ein funktionierendes System. Junge Spanier wissen oft nicht, dass ihre Fertigkeiten in Ingolstadt oder Dortmund gefragt sind. Eine EU-weite Jobbörse würde vielerorts zu Verbesserungen führen.

Was müsste sonst geschehen, um den Zusammenhalt Europas zu stärken und die populistischen, europa-feindlichen Strömungen zurückzudrängen?

Wenn wir den Bürgern das Vertrauen in Europa zurückgeben wollen, müssen wir nachvollziehbare Politik machen und Ergebnisse liefern. Die wichtigste Währung in der Politik ist Vertrauen. Leider macht Europa oft nur dann Schlagzeilen, wenn etwas schlecht läuft. Wir sind zu groß darin, über die Probleme in der EU zu reden, aber schlecht darin, Erfolge herauszustellen. Dabei haben wir ja gemeinsam in Europa viel erreicht. Wir haben in den letzten zehn Jahren 13 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, hatten 2018 zwei Prozent Wirtschaftswachstum und eine Neuverschuldung der Euro-Staaten von 0,8 Prozent, also deutlich unter der 3-Prozent-Grenze. In der Steuerung und Begrenzung der Migration kommen wir voran. Und beim Klimaschutz sind wir weltweit Vorreiter. Darauf können wir stolz sein. Und diese Erfolge Europas müssen wir in Zukunft stärker betonen.

Wie sehen Sie die Perspektive der Europäischen Union – bleibt sie ein Staatenbund oder wächst sie doch zu einem Bundesstaat zusammen?

Ich bin kein Freund dieser recht theoretischen Diskussion. Europa ist ein ganz eigenes Gebilde mit einer sich entwickelnden Demokratie und politischen Kultur. Entscheidend ist doch, dass uns gemeinsame Werte verbinden und dass die EU funktioniert. Die Menschen wollen, dass die Herausforderungen gelöst werden. Das ist wesentlich.

Und da möchte ich ansetzen: Wir müssen entscheiden, welche Aufgaben am besten durch die EU geregelt werden und welche besser durch die Nationalstaaten und Regionen. Entsprechend müssen dann auch die Zuständigkeiten zugeordnet werden. Während die EU eher für die großen Fragen zuständig sein muss, sind es andere Ebenen bei anderen Fragen. Und die EU wird durch die Nationalstaaten, die Völker in Europa getragen. Sie geben die Richtung vor, wohin sich die EU entwickeln soll.



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Unser Europa macht stark



Foto: Carsten Herwig

CDU und CSU haben am 25. März erstmals ein gemeinsames Wahlprogramm für die Europawahl vorgestellt.

Die Union im Europawahlkampf

Wir Unionsparteien haben uns für Europas Zukunft viel vorgenommen. Wir haben Europa seit der Gründung der Europäischen Union maßgeblich geprägt und gestaltet. Wir haben ein Europa geschaffen, das ein Garant ist für Frieden und Freiheit, für Wohlstand, für die Achtung der Menschenrechte, für Gleichberechtigung, für Sicherheit und für Stabilität. Niemals in der Geschichte der Menschheit und nirgends auf unserer Welt haben jemals so viele Menschen in solcher Freiheit, in solcher Eintracht und in solchem Wohlstand gelebt. Darauf sind wir stolz. Zugleich erwächst daraus die Verpflichtung, Europa voranzubringen und es nicht den Populisten von links und rechts zu überlassen.

Die Herausforderungen, vor denen Europa heute steht, sind nicht klein: Nicht nur Populismus und Nationalismus im Inneren bedrohen unsere europäische Eintracht. Auch auf die Spannungen mit Russland, das Aufstreben asiatischer Staaten und das veränderte Selbstverständnis der USA muss Europa eine Antwort finden. CDU und CSU wollen Europa deshalb weiter stärken und selbstbewusster machen.

Wir machen unseren wirtschaftlichen Erfolg zukunftsfest

Dank des europäischen Binnenmarktes und einer gemeinsamen Währung hat unser Kontinent in den letzten Jahrzehnten einen unvergleichlichen wirtschaftlichen Auf-

schwung und Wohlstand erleben dürfen. In unserem Wahlprogramm bleiben wir diesem Wohlstand verpflichtet, zum Beispiel durch mehr Mobilität beim Arbeits- und Ausbildungsmarkt. So gelangen die Auszubildenden und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dorthin, wo sie ihre Talente am besten entfalten können und wo sie am meisten gebraucht werden.

Und Europa sichert die Zukunft, denn die Europäische Union ist der Antreiber für weltweiten Klimaschutz und hat 2015 ganz entscheidend zum Abschluss des Pariser Klimaabkommens beigetragen. Den Unionsparteien ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, dass Europa auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert bleibt. Dafür muss konsequent gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Artenvielfalt gekämpft werden. Der Ausstoß von Treibhausgasen soll künftig weltweit Geld kosten. So setzen wir wirksame Anreize zum Klimaschutz.

Wir stehen für Werte, Innovation und exzellente europäische Bildung

Europa – das ist nicht nur ein Wirtschaftsprojekt. Die Europäische Union steht heute mehr denn je für eine Wertegemeinschaft, die ihre freiheitliche Demokratie, ihre soziale Marktwirtschaft und ihre offene Gesellschaft global verteidigen muss. Bei uns in Europa sind Toleranz, die Wertschätzung jeder Person und die Gleichberechtigung von Mann und Frau tief verwurzelt. Deshalb gehört eine konsequente Gleichstellungspolitik zum europäischen Verständnis von CDU und CSU. Selbst wenn hier in den

Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.

CDU und CSU haben erstmals ein gemeinsames Wahlprogramm zur Europawahl beschlossen. Im Mittelpunkt stehen zentrale Fragen zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft in Europa.

Für CDU und CSU ist klar: Europa muss man richtig machen. Die Zustimmung zur europäischen Idee war noch nie so hoch wie heute. Aber klar ist auch: Unser Europa muss stärker werden. Was fehlt, sind Klarheit, Orientierung und europäische Handlungsfähigkeit zu wesentlichen Fragen der Zeit: Zur Sicherung der Grundlagen unseres Wohlstandes, zum Klimaschutz, zu Migration, Außen- und Sicherheitspolitik. Darauf geben CDU und CSU mit ihrem Programm die richtigen Antworten.

Mehr Informationen finden Sie auf: www.cdu.de/europaprogramm.



letzten Jahren schon Einiges erreicht wurde: Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen weiter stärken und erreichen, dass Frauen wie Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können.

CDU und CSU wollen, dass die Menschen in Europa an den Zukunftschancen teilhaben können. Dazu muss der Wandel hin zur digitalen Gesellschaft zum Wohle der Bürger und Unternehmen aktiv gestaltet werden. In die Schlüsselbereiche der Zukunft wie künstliche Intelligenz und die Nutzung von Big Data wollen wir weiterhin investieren.

Unerlässlich für Europas Erfolg in der Zukunft ist exzellente Bildung. Fremdsprachen sollen deshalb in Schule, Beruf und Gesellschaft einen noch größeren Stellenwert erhalten. Junge Menschen sollen Europa leichter entdecken und über Grenzen hinweg Freundschaften schließen. Deshalb wollen wir europäische Austauschprogramme stärken und das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms künftig für jeden 18jährigen kostenlos machen. Und um die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden noch stärker zu fördern, wollen wir die Mittel für das neue Programm Erasmus+ deutlich erhöhen und die Bildung Europäischer Hochschulnetzwerke unterstützen.

Unser Europa schützt Heimat und schafft Heimat

Unser Europa ist ein Europa seiner Bürgerinnen und Bürger. Es muss deshalb immer neu die Frage beantworten,

wie die Politik in Europa näher bei den Menschen sein kann. CDU und CSU werden auch künftig darauf achten, dass Europa vor allem das macht, was uns gemeinsam voranbringt, zum Beispiel beim Binnenmarkt, der Wirtschafts- und Währungsunion oder der inneren wie äußeren Sicherheit.

Unser EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber hat nie einen Hehl aus seiner Heimatverbundenheit gemacht. Die regionalen Wurzeln unserer europäischen Bürgerinnen und Bürger sind wichtig für Europa. Sie sind unsere Vielfalt, sie sind unsere Stärke. Deshalb schützt das Europa von CDU und CSU unsere Heimat und stärkt zugleich unsere Heimat Europa.

Dr. Katja Leikert MdB ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Europapolitik und Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik



Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bekämpfen – konkret, wirksam und schnell!

Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen

Zehntausende Kinder und Jugendliche erleiden jedes Jahr sexuelle Gewalt in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist allein für 2018 13 255 angezeigte Fälle aus. Das sind mehr als 250 Kinder pro Woche. Pro Schulklasse zwei bis drei Kinder. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Einige besonders absehbare Übergriffe finden kurzzeitig Medienaufmerksamkeit – wie im Missbrauchsfall von Staufen oder aktuell auf dem Campingplatz von Lügde. Opfer aber leiden ihr Leben lang, wenn schon längst wieder andere Ereignisse die Öffentlichkeit bewegen.

Viele Betroffene bleiben durch die Missbrauchserfahrungen für immer geprägt – unabhängig von der Dimension des Missbrauchs. Studien belegen den Zusammenhang zwischen den belastenden Erlebnissen und einer Vielzahl psychischer und körperlicher Auffälligkeiten. Die Betroffenen empfinden Gefühle wie Wertlosigkeit, Scham, Schuld, Wut, flüchten in emotionalen Rückzug und soziale Isolation, haben Depressionen, Angstzustände, Schlaf- und Essstörungen, geraten in Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Zusammen mit den Rechtspolitikern unserer Fraktion haben wir Familienpolitiker ein Konzept erarbeitet, um Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch zu schützen. Die Fraktion hat unser Positionspapier am 12. Februar 2019 einstimmig beschlossen. Uns war wichtig, die von Kindesmissbrauch Betroffenen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen. Das Papier konkretisiert in 26 Punkten, wie die Hilfesysteme für die Betroffenen aus-

gebaut, Präventionsangebote gestärkt, die Ermittler besser unterstützt und konsequente Strafverfolgung ermöglicht werden soll. Dazu gehört zum Beispiel der Ausbau von Trauma- und Gewaltschutzambulanzen sowie spezialisierte Fachberatung. Wir brauchen aber auch konsequente und harte Strafverfolgung bei der Bekämpfung von Missbrauch – auch gegen den rapide zunehmenden Missbrauch im Netz. Wir müssen endlich durchsetzen, dass der Schutz von Daten nicht über dem Kinderschutz stehen darf. Wir unterstützen die Forderung des Unabhängigen Beauftragten, eine Meldepflicht für Internet-Provider bei Verdacht auf Kinderpornographie einzuführen. Und wir wollen Ermittlungsbehörden alle Instrumente an die Hand geben, Kindesmissbrauch und Kinderpornographie zu unterbinden. Sie müssen überall wirkungsvoll gegen Kinderpornographie ermitteln können, auch im sogenannten Darknet.

Wir drücken aufs Gas bei der Umsetzung: Wir haben bereits die mobile Fachberatung im ländlichen Raum mit Bundesmitteln ausgebaut. Bundesminister Spahn hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der festlegt, dass Psychotherapeutinnen und -therapeuten zukünftig bereits im Studium Kompetenzen zum Erkennen von Anzeichen für sexuelle Gewalt, Misshandlung und für die Folgen von sexueller Gewalt erwerben müssen. Weitere Punkte werden wir gesetzgeberisch und haushalterisch umsetzen. Es gilt, schnell zu handeln, denn jeder neue Fall sexuellen Missbrauchs ist einer zu viel.

Nadine Schön MdB ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Digitale Agenda

Wahrhaftigkeit und Weite



Wer echte Reformen will, muss endlich auch Frauen gleichberechtigt einbeziehen. Zur aktuellen Lage der Katholischen Kirche.

Der sexuelle Missbrauch von Schutzbefohlenen durch katholische Kleriker und Versuche von Bischöfen, solche Taten zu vertuschen, haben großes Unheil in das Leben der Betroffenen gebracht und das Vertrauen vieler Menschen erschüttert. Ende Februar 2019 hat Papst Franziskus deshalb die Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenzen nach Rom geladen, um mit ihnen über die Krise zu beraten und Vorkehrungen zu treffen, wie Schutzbefohlene in Zukunft besser geschützt werden und nicht geschädigt. Das ist dringend notwendig gewesen. „Menschen dürfen nicht in der Kirche den Guten Hirten suchen und dabei unter die Wölfe kommen.“ – so habe ich zusammen mit acht anderen engagierten Katholiken in einem offenen Brief an Kardinal Marx formuliert.

Das Ergebnis der römischen Konferenz hat mich enttäuscht, aber es war gut, dass dieser erste Anti-Missbrauchsgipfel im Vatikan überhaupt stattgefunden hat. Denn wer je vorher noch gemeint hat, Kindesmissbrauch wäre als Thema in der Kirche nur für manche Kontinente bzw. Länder von Relevanz, müsste zunächst in anderen Organisationen angegangen werden, wäre ein Problem vielleicht noch der 50er Jahre, aber doch nicht mehr heute oder gar wäre überhaupt kein Thema für die „ecclesia sancta catholica“, da diese doch Heilsinstrument der Gnade Gottes sei, der sollte jetzt eines Besseren belehrt sein.

Aber was habe ich erwartet? Natürlich muss es zuerst um die Betroffenen gehen. Sie stehen im Mittelpunkt der Sorge, danach richtet sich der Blick auf die

Täter, rückhaltlose Verfolgung ist angesagt. Prävention muss weiteren Missbrauch verhindern. Doch das alles sind zwar notwendige Maßnahmen, aber bei weitem noch nicht hinreichend.

Die MGH Studie, von der deutschen Bischofskonferenz selbst zu diesem Thema in Auftrag gegeben, spricht von systemischen Ursachen und meint damit ganz klar das System „Katholische Kirche“ und den dortigen Umgang mit Macht. Wer an dieser Stelle, wie zum Beispiel unser Brief, Gewaltenteilung in der Kirche, echte Teilhabe aller Getauften und Gefirmten, das Ende des Pflichtzölibats und vor allem die gleichberechtigte Zulassung von Frauen zu allen Weiheämtern forderte, bekam den Vorwurf des „Missbrauchs vom Missbrauch“ zu hören. Ich antworte darauf nur: Hier missbrauchen einige weiterhin ihre Macht, um jede Machtteilung und -kontrolle zu verhindern.

Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit etwa, die den Ansprüchen eines modernen Rechtssystems genügt, wird innerkirchlich seit der Würzburger Synode in den 70er Jahren gefordert. Gleichheit aller, ob Laie oder Kleriker oder Bischof vor den Verfahren und so basale Sachen wie Zugang zu Informationen, Rechtssicherheit und die Möglichkeit, Berufung einzulegen, sind aber nach wie vor alles offene Punkte auf der To-do-Liste.

Die meisten deutschen Bischöfe sind seit 2010 mit der Prävention und Sanktion von Missbrauchstaten gut vorangekommen. Sie haben Betroffenheit zum Ausdruck gebracht und Abbitte geleistet. Aber sie wissen

hoffentlich auch, dass Worte allein jetzt nicht mehr weiterhelfen. Der Eindruck, es solle am Ende doch alles beim Alten bleiben, hat das Misstrauen gegen die Amtskirche bei vielen Zeitgenossen und auch gerade bei den Kirchenmitgliedern zementiert. „Die Versuchung des Klerikalismus folgt dem Klerus wie ein Schatten. Die Aussicht auf Macht in Männerbünden zieht Menschen aus Risikogruppen an. Sexuelle Tabus blockieren notwendige Klärungs- und Reifungsprozesse.“ Das Thema Machtmissbrauch gegenüber abhängigen Frauen und Ordensschwwestern haben wir dabei noch gar nicht richtig angeschaut.

Nach ihrer Frühjahrsvollversammlung 2019 haben die deutschen Bischöfe einen synodalen Weg angekündigt. Gemeinsam mit den Gläubigen wollen sie den „Turn around“ schaffen. Aber unter den drei zentralen Themen, die sie für diesen Prozess benennen, kommt das Thema „Frauen“ nicht vor. Das gibt zu denken. Die Frage des gleichberechtigten Zuganges von Frauen zum Weiheamt bleibt Tabu. Es geht also weiter mit dieser spirituellen Benachteiligung von Frauen und einem mit vermeintlich theologischen Argumenten untermauerten Missbrauch des eigenen Amtes. Noch nicht einmal ein Votum, sich für das Diakonat der Frau einzusetzen, war möglich. Da wo es wirklich wichtig wird, hält man die Frauen weiterhin außen vor.

In unserem Brief heißt es am Schluss an die Bischöfe: „Gewinnen Sie der Kirche Wahrhaftigkeit und Weite zurück, ohne die das Evangelium nicht atmen kann! Nehmen Sie Ihre geistliche Vollmacht für mutige Reformen in Anspruch: Binden Sie sich selbst durch echte Gewaltenteilung – das passt besser zur Demut Christi und in den Rahmen der für alle geltenden Gesetze. Bauen Sie die Überhöhungen des Weiheamtes ab und öffnen Sie es für Frauen. Stellen Sie den Diözesanpriestern die Wahl ihrer Lebensform frei, damit der Zölibat wieder glaubwürdig auf das Himmelreich verweisen kann. Hören Sie auf das Zeugnis der Bibel und auf die Erfahrungen von Gläubigen und machen Sie einen Neustart mit der Sexualmoral – eine verständige und gerechte Bewertung von Homosexualität inklusive.“ Es bleibt viel zu tun und ich bin von einem fest überzeugt, ohne die Frauen der Kirche und ohne den entschiedenen Willen, sie endlich gleichberechtigt zu behandeln, wird es nicht gehen.

Dr. Claudia Lücking-Michel ist Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Erneuerung der Kirche



Die Katholischen Frauenverbände setzen Zeichen und fordern eine Erneuerung der Katholischen Kirche. Vor Beginn der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Lingen forderten der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V. als große katholische Frauenverbände die deutschen Bischöfe auf, die aktuellen Initiativen und Strömungen rund um das Thema geschlechtergerechte Kirche ernst- und aufzunehmen.

„Im Moment ist vieles im Aufbruch und Umbruch. Frauen rufen bundesweit zum Gebet oder Streik auf, werden laut und machen ihrem Unmut Luft.“ Das seien wichtige Signale, die sich nicht länger ignorieren ließen, so kfd-Bundvorsitzende Mechthild Heil. „Es zeigt, dass Frauen die Nase voll haben von Schönwetterpolitik und leeren Worten, davon, in der Warteschleife zu hängen. Sie wollen etwas tun, Dinge anpacken, und zwar auf ihre Art.“

Auch der KDFB beklagt, dass das jahrzehntelange Engagement von Frauen in der Kirche zu wenig wertgeschätzt wird. „Es ist enttäuschend und verletzend, dass Frauen weiterhin benachteiligt werden, obwohl sie bestens qualifiziert sind und zudem über spirituelle Begabungen verfügen. Wir begrüßen daher Initiativen wie Maria 2.0, die sich für Reformen in der Kirche einsetzen. Wer Frauen halten und sie beteiligen will, muss uneingeschränkt JA zu ihnen sagen“, erklärt KDFB-Präsidentin Maria Flachsbarth.

Unter dem Motto #MachtLichtAn fordert die kfd die deutschen Bischöfe weiter auf, Licht in das Dunkel der Missbrauchsfälle zu bringen, verkrustete Machtstrukturen abzuschaffen, unabhängige Missbrauchsbeauftragte einzusetzen und die kirchliche Sexualmoral zu verändern. 30 000 Postkarten hatte die kfd im Dezember 2018 zusammengetragen, als tausende Frauen und Männer sich vor über 170 Kirchenportalen versammelten, um unter dem Motto „#MachtLichtAn“ die Erneuerung der Kirche zu fordern.

Kämpft mit und für Frauen

Es gibt immer wieder junge Frauen – auch in den Reihen unserer Partei –, die sich für ein klares „Nein“ zur Frauenquote aussprechen. Aus aktuellem Anlass hat die Bundestagsabgeordnete und FU-Bundesvorstandsmitglied Elisabeth Motschmann einen Brief für die Frauenquote verfasst, den wir hier in Auszügen abdrucken.

Ihr habt Euch klar gegen die gesetzliche Frauenquote ausgesprochen. Ihr möchtet nicht aufgrund Eures Geschlechts irgendetwas geschenkt bekommen. Richtig! Das ehrt Euch!

Als junge Frau habe ich genauso gedacht und flammende Reden und Artikel gegen die Quote und das sehr viel „harmlosere“ Quorum von 30 Prozent in unserer Partei gehalten bzw. verfasst. „Nicht Chromosomen, sondern Leistung“ sollen über das Fortkommen entscheiden, war meine Devise und ist es übrigens auch heute noch. Voraussetzung: Frauen müssen erst einmal die Chance bekommen, ihre Leistung zu zeigen.

Als ich 1976 in die CDU eingetreten bin, gab es vier große Themen, die uns Frauen bewegten:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase
- Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern
- Mehr Frauen in Führungspositionen.

Das war vor 43 Jahren! Die Themen sind heute genauso aktuell wie damals. Da Frauen auch schon vor 43 Jahren gut ausgebildet waren, beste Abiturzeugnisse und Studienabschlüsse mitbrachten und auch jede Menge Praktika absolviert hatten, war ich überzeugt, dass Frauen alle beruflichen Türen offenstehen müssten. Man dürfe nicht ungeduldig werden, dachte ich. Leistung setzt sich durch, dachte ich.

Inzwischen habe ich viel beobachtet und erlebt. Die gläserne Decke ist überall in unserer Gesellschaft nach wie vor sehr stabil. Das gilt nicht nur für Politik und Verwaltung, sondern genauso für Banken, Versicherungen, kleine und

mittelständische Unternehmen, Berufe im Kultur- und Medienbereich, DAX-Konzerne und Gewerkschaften. Wo man hinsieht: zu wenig Frauen in den Chefetagen.

An den Schalthebeln der Macht sitzen meist Männer. Sie haben die Letztentscheidung. Aber auch in Findungskommissionen, Berufungskommissionen oder Personalabteilungen ist es nicht viel anders.

Selbst in den Medien kann man beobachten, dass man sich vorzugsweise für männliche Experten in den Nachrichtensendungen und Talkshows entscheidet. Bei der 69. Berlinale sind in diesem Jahr immerhin 7 Filme von Regisseurinnen berücksichtigt worden. Weniger erfreulich sieht es in anderen künstlerischen Sparten aus.

Und wie sieht es beim Staat aus? In der Geschichte der Bundesrepublik wurden bisher 692 beamtete Staatssekretäre ernannt, davon nur 24 Frauen. Es gab also in 70 Jahren Bundesrepublik mehr Männer mit dem Namen Hans in der wichtigen Position eines Staatssekretärs als Frauen. Mir kann niemand erzählen, dass es in 70 Jahren nicht mehr geeignete Frauen für das Amt eines Staatssekretärs gab und gibt.

„Schmidt sucht Schmidtchen“ nennt es Ursula von der Leyen. Am ehesten werden nämlich meist Mitarbeiter, die den Chefs ähnlich sind gefördert. Und wenn ein Unternehmen, eine Organisation, eine Branche männerdominiert ist, dann ziehen Frauen eben den Kürzeren.

Leider sieht es auch im Bundestag nicht gut aus. Bis 1983 lag der Frauenanteil unter 10 Prozent. 1976 – als ich in die CDU eintrat – waren es 7,3 Prozent. Seitdem ist er gestiegen und hat 2013 mit 36,3 Prozent seinen bisherigen



Höchstwert erreicht. 2017 sank der Frauenanteil jedoch wieder auf 30,9 Prozent. In der CDU-Bundestagsfraktion sind es in dieser Legislaturperiode lediglich 20 Prozent. Das ist schlicht und ergreifend blamabel.

Die Vorstände der 200 größten deutschen Unternehmen und 100 größten Banken waren im letzten Jahr zu neun Prozent weiblich. Das ist eine miserable Bilanz. Natürlich gibt es immer Gegenbeispiele, zum Beispiel in vielen Familienunternehmen, in denen Nachfolgerinnen zu Höchstformen auflaufen.

Halten wir also noch einmal fest: Wir Frauen bekommen ganz sicher nichts aufgrund unseres Geschlechts geschenkt. Viele Frauen erhalten nicht einmal die Chance, zu zeigen, was in ihnen steckt. Der Aufstieg für Frauen mit Kindern bleibt auch im 21. Jahrhundert steinig – sowohl in der freien Wirtschaft als auch beim Staat.

Bei aller Kritik an diesen Strukturen gibt es natürlich auch Gründe für die mangelnden Aufstiegschancen von Frauen, die sie selbst zu vertreten haben und ändern müssen. Diese sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

- Frauen müssen ihre Netzwerke ausbauen, sich gegenseitig die „Räuberleiter“ halten, unterstützen und fördern. Frauen müssen energischer nach Macht streben. Frauen müssen ihre Selbstzweifel zurückstellen. „Kann ich das?“ „Bin ich gut genug?“ Diese ständige Selbstkritik ist nicht hilfreich. „Ich Kann!“ „Ich will!“ „Das ist mein Ding!“ führen zum Erfolg.
- Frauen müssen fröhlich „die Hälfte der Welt“ einfordern. Mindestens. Sie steht uns zu! Nicht mehr und nicht weniger.

Dies mag eine holzschnittartige Diagnose und Therapie des Frauenproblems sein. Das gebe ich gerne zu. Natürlich hat sich in der Zwischenzeit einiges getan.

Ihr müsst aber zugeben, dass an allen Argumenten etwas dran ist. Wir reden heute über dieselben Themen wie vor über 40 Jahren!

Eure Generation wird eigene Erfahrungen machen. Das ist in Ordnung! Ihr sollt nur bitte nicht die gleichen Erfahrungen machen wie wir Älteren. Dann würde sich nichts bewegen, nichts positiv entwickeln. Stillstand darf es in der Frauenfrage nie wieder geben.

Ich bin überzeugt, dass es früher oder später ein Wahlrecht geben wird, das zur Parität führt. Verschiedene Modelle liegen auf dem Tisch. Welches am besten ist, darüber wird zurzeit lebhaft überparteilich diskutiert und gestritten.

Auf freiwilliger Basis werden wir den gewünschten Fortschritt nicht erreichen. Gegen die Verfassung wird auch nichts draus.

„Hier sind rechtswissenschaftlich fundierte Modelle gefragt. Was alles nicht geht, habe ich jetzt lange genug gehört.“ So kommentiert die Bundesvorsitzende der CDU Frauen Union Annette Widmann-Mauz die aktuelle Diskussion.

Deswegen appelliere ich an Euch: Kämpft mit und für Frauen für mehr Rechte und vor allem dafür, dass Frauen überhaupt die Chance erhalten, in Führungspositionen zu kommen – wo auch immer.

Herzliche Grüße Eure Elisabeth



Foto: Rainer Oppenheimer

Die OB-Kandidatin der CDU Ingelheim Eveline Breyer gibt Auskunft über ihren Weg.

Kommunal Karriere

Nach wie vor ist es besonders schwer für Frauen, ein kommunales Spitzenamt wie das der Oberbürgermeisterin, Bürgermeisterin oder Landrätin zu erlangen. Das gilt über Parteigrenzen hinweg. Ein Gespräch mit der Kandidatin zur Oberbürgermeisterin der Stadt Ingelheim.

Wer ist Eveline Breyer?

Die Ingelheimerin Eveline Breyer wird im Mai 37 Jahre alt und verbrachte ihre Schul- und Studienzeit in Ingelheim, Mainz und New York. Bereits als Jugendliche entwickelte sie ein ausgeprägtes Interesse an der Ingelheimer Kommunalpolitik und begann mit 13 Jahren sich zu engagieren.

Für dieses Engagement wurde sie 2004 in den Stadtrat gewählt. 2012 folgte die Wahl zur Bürgermeisterin der Stadt. Unterstützt wird sie dabei von der gesamten Familie, vor allem von ihrem Mann. Sie haben zwei Kinder. Evelin Breyer bezeichnet es als größtes Geschenk, die beiden aufwachsen zu sehen. Gemeinsam die Kinder erziehen, den Haushalt und Alltag zu teilen und den anderen in seinem Lebensweg zu unterstützen, sei das Fundament ihrer Ehe.

Dieses Leben und ihre vielfältigen Erfahrungen haben auch ihr Lebensmotto geprägt: Es gibt immer eine Lösung!

Können Sie uns Ihren Weg schildern, wie Sie zum ersten Mal für den Stadtrat kandidiert haben?

Animiert durch meinen Lehrer bin ich recht jung mit 13 Jahren in die JU Ingelheim eingestiegen. Wir waren damals eine sehr aktive, tolle Gemeinschaft, die von den er-

fahreneren CDU-Kolleginnen und -kollegen unterstützt wurden. Das war 1996. 2004 kandidierte ich dann zum ersten Mal für den Stadtrat und wurde auch prompt reingewählt. Meine Bekanntheit als Rotweinkönigin und Leistungssportlerin haben sicherlich dazu beigetragen. Für mich ein recht ausschlaggebender Grund zu kandidieren war, dass ich nicht CDU Mitglied sein musste. Damals, als junger Mensch, war ich mir nicht sicher, ob ich mich schon so früh festlegen möchte.

Rückblickend kann ich sagen, dass die Offenheit, Wertschätzung und der klare Rahmen, der mir gegeben wurde, sowie die Freundschaften, die sich gebildet haben, der Grund für meinen Einstieg in die aktive Kommunalpolitik gewesen sind.

Sie wurden mit 100 Prozent als Kandidatin für die OB-Wahl von der CDU nominiert. Was ist das Geheimnis Ihres Erfolges?

Das müssen Sie die CDU-Kolleginnen und Kollegen fragen. Für mich ist es auch kein Erfolg meiner Person, sondern bedeutet, dass wir ein Team sind, das an einem Strang zieht. Wir bringen alle unsere Freizeit in die Kommunalpolitik ein. Gemeinsame Erfolge, Wir-Gefühl und auch die Freude etwas für unsere Stadt greifbar tun zu können, das steht im Vordergrund.

Welchen Rat würden Sie Frauen geben, die sich in die Kommunalpolitik einbringen wollen?

Ich habe keinen speziellen Rat für Frauen, aber für alle Einsteiger: Habt den Mut, den Mund aufzumachen, auch

frau & info

wenn Gegenwind kommt. Bleibt gelassen, wenn es mal wieder länger dauert, etwas umzusetzen. Und glaubt an euch!

Wie stellen Sie den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sicher? Haben Sie Veranstaltungsformate, die gut funktionieren?

Ich suche den Kontakt tagtäglich, ob beim Einkaufen, beim Sport, beim Essengehen oder auf der Straße. Jeder kann einen Termin bei mir als Bürgermeisterin vereinbaren. Sehr gut funktionieren gerade unsere Zuhör-Touren. In jedem Ortsteil einladen und die Bürgerinnen und Bürger selbst die Tagesordnung setzen lassen, um dann sehr persönlich auf die Anliegen und Nöte einzugehen. Nicht immer kann man alles beantworten, einiges muss im Nachgang aufgearbeitet werden und neue Vor Ort Termine sind wichtig, um zu verstehen, was im Gespräch gemeint wurde, aber es lohnt sich wirklich.



Abschied

Die Ehrenvorsitzende der Frauen Union der CDU in Niedersachsen Irmgard Vogelsang ist im Alter von 72 Jahren verstorben. Die gelernte Bankkauffrau war seit mehr als 40 Jahren kommunalpolitisch aktiv. Sie trat 1976 in die CDU ein. Bereits seit 1977 war sie auf unterschiedlichen Ebenen von CDU und

Frauen Union tätig. Von 1990 bis 2003 war Irmgard Vogelsang Landesvorsitzende der Niedersächsischen Frauen Union und Mitglied im FU-Bundesvorstand. 1990 zog sie in den Niedersächsischen Landtag ein, dem sie bis 2008 angehörte. Hier war sie auch als frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion tätig.

Sie hat sich selbst als konservative und bodenständige Politikerin verstanden und gerade deshalb sehr für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik gekämpft. Sie galt als engagierte Mitstreiterin für das Quorum 1996, damit Frauen mehr Chancen bekommen, die gläserne Decke zu durchbrechen. Sie wollte nicht nur für ihre Generation, sondern auch für die nächste Frauengeneration viel erreichen. Die Frauen Union wird sie vermissen.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070452 · Telefax 030 22070439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 8020 · Telefax 02226 802111 · Telefon Vertrieb 02226 802213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley, Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,00 Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse Köln-Bonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!

Unser Angebot zur Mitgliederwerbung

Zusammen sind wir stark! Jetzt Mitglied werden!
frauenunion.de



FU!-Planer zur Fußball-WM der Frauen

50 Exemplare 14,90 Euro
zzgl. MwSt.

Die Versandkostenpauschale
beträgt 9,- Euro

Bestellung an:
bestellung@ugbnet.de
oder Fax: 030 22070439



Zusammen sind wir stark!
Jetzt Mitglied werden!
www.frauenunion.de

[f frauenunion](https://www.facebook.com/frauenunion) [@frauenunion](https://twitter.com/frauenunion)

FU!-Nähetui

100 Exemplare 40,- Euro
inkl. MwSt., zzgl. Versand
Bestellung an: shop.cdu.de

**FU!-Mitgliedsantrag
mit neuer DSGVO**
50 Exemplare 0,- Euro
zzgl. Versand
Bestellung an: shop.cdu.de



- Postalische Bestellungen: PORTICA GmbH Marketing Support
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35 · 47906 Kempen
- Bestellungen per Fax: 02152 91525272
- Bestellungen per E-Mail: cdu-shop@portica.de
- Für Online-Bestellungen: e-Shop auf shop.cdu.de

CDU